

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir müssen jetzt innehalten

Nachdenken über das Energiekonzept der Zukunft



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Japan ist von einer unvorstellbaren Naturkatastrophe heimgesucht worden. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die so viel Leid ertragen müssen. Wir trauern um die Toten, die das Erdbeben und der Tsunami gefordert haben. Gleichzeitig bewundern wir die Japaner dafür, mit welcher Größe sie mit dieser Tragödie umgehen. Wir hoffen, dass es Japan gelingen wird, die Folgen rasch zu überwinden.

Leider können wir nicht ausschließen, dass sich die Dimensionen des Unglücks noch steigern. Vom Kernkraftwerk Fukushima gehen große Gefahren aus. Wir müssen damit rechnen, dass eines Tages Fukushima und Tschernobyl in einem Atemzug genannt werden, wenn es um die Risiken der Kernenergie geht.

Japan ist ein Land der Hochtechnologie. Es verfügt über gut ausgebildete Menschen. Das Kraftwerk von Fukushima galt als modern. Diese Befunde müssen uns zum Innehalten zwingen. Wir müssen überlegen, ob wir die Risiken der Atomenergie richtig eingeschätzt haben. Es ist richtig: Fukushima ist eine Zäsur.

Als verantwortliche Politiker können wir angesichts der Dimensionen des Unglücks nicht zur Tagesordnung über-

gehen. Wir brauchen die jetzt von Bund und Ländern vereinbarte Phase des Nachdenkens und Nachprüfens. Wir haben immer betont, dass die Sicherheit oberste Priorität hat. Die Sicherheitsfragen stellen sich nun aber in einem neuen Licht. Wir müssen das Restrisiko der Kernenergie neu bewerten, auch wenn wir in Deutschland natürlich eine andere geologische Situation als in Japan haben.

Unser Energiekonzept, mit dem wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen werden, ist dabei nach wie vor richtig. Es wird nun fortentwickelt. Wir müssen - das ist die Lehre aus Fukushima - das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen. Bei der Fortentwicklung des Konzepts sind selbstverständlich die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit der Energie und der Klimaschutz weiter zu beachten. Dabei sollten wir mit Ruhe und Besonnenheit vorgehen. Es dürfen keine Ergebnisse vorweggenommen werden. Jede Ansicht hat das Recht, Gehör zu finden.

„Ich freue mich über die Wahl von Gerda Hasselfeldt“

Über eine Entscheidung konnte ich mich in dieser Woche trotz der bedrückenden Ereignisse in Japan jedoch freuen. Die CSU-Landesgruppe wählte Gerda Hasselfeldt zu ihrer neuen Vorsitzenden. Ihrem Vorgänger Hans-Peter Friedrich danke ich für die Zusammenarbeit und wünsche ihm viel Glück im neuen Amt. Mit Gerda Hasselfeldt wird die Kooperation ebenso gut gelingen. Da bin ich mir sicher.

Volker Kauder

Inhalt

| | |
|--|----|
| Wir müssen jetzt innehalten | 1 |
| NRW: Schluss mit der verfassungswidrigen Kraft-Meierei | 2 |
| „Mitgestalten - verändern - verbessern“ | 3 |
| „Ausstieg mit Augenmaß“ | 4 |
| Koalitionsfraktionen begrüßen Moratorium und Abschaltung der alten Kernkraftwerke | 5 |
| Sanktionen gegen Gaddafi | 6 |
| Euro-Zone wird stabiler | 7 |
| Fördern und Fordern: Koalition verbessert Bedingungen für erfolgreiche Integration Teilhabe von Menschen mit Behinderung setzt Dialog voraus | 8 |
| Ostdeutsche Interessen wirkungsvoll in Europa vertreten | 9 |
| Unionsfraktion ist verlässlicher Partner für Landwirte und Verbraucher | 10 |
| Letzte Seite | 11 |

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

NRW: Schluss mit der verfassungswidrigen Kraft-Meierei



Peter Altmaier
 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Am Dienstag dieser Woche hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalens der rot-grünen Landesregierung eine schallende Ohrfeige verpasst und den Nachtragshaushalt 2010 für verfassungswidrig erklärt, weil er gegen die Kreditobergrenze der Landesverfassung verstoße. Schon vor zwei Monaten hatte der Verfassungsgerichtshof mit einem Eilantrag der Landesregierung untersagt, neue Kredite aufzunehmen und war damit auf beispiellose Weise in die laufende Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung hineingegrätscht. Die Genossen in NRW reagierten darauf mit einer unglaublichen Chuzpe: Man werde sich nicht von Gerichten „entmündigen“ lassen. Die Anweisung des Gerichts wurde in beherrschendem Ton als wirklichkeitsfremd abqualifiziert, und man begann schamlos mit Kreditaufnahme und Mittelverwendung.

Nun haben Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre von der Linken geduldete Regierung eine krachende und verdiente Niederlage vor Gericht erlitten. Denn der Verfassungsgerichtshof hat nicht nur die kreditfinanzierte Erhöhung der Risikovorsorge für die marode Landesbank WestLB kassiert, sondern ausdrücklich die Rechtswidrigkeit des Nachtragshaushalts festgestellt, weil die Kreditaufnahme die Höhe der

Investitionen deutlich überschritten hat. Damit hat das Gericht der Landesregierung attestiert, nicht einmal die elementaren Regeln der Haushaltspolitik beachtet zu haben.

Ein Überschreiten der verfassungsrechtlichen Schuldengrenze ist nur zulässig, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben. Eine solche Krisensituation ist aus Sicht des Verfassungsgerichts von der rot-grünen Landesregierung aber keineswegs ausreichend und plausibel begründet worden - was auch nicht verwundert, denn der XXL-Aufschwung im letzten Jahr führte dazu, dass NRW über zwei Milliarden Euro weniger Schulden hätte aufnehmen müssen als ursprünglich geplant. Es ist offensichtlich: Der verfassungswidrige Nachtragshaushalt hat das alleinige Ziel, Wahlkampfgeschenke an die rot-grüne Klientel zu finanzieren und die Linkspartei gnädig zu stimmen, da von ihr die Existenz der rot-grünen Landesregierung abhängt. Diesem politischen Kalkül hat der Verfassungsgerichtshof nun einen Strich durch die Rechnung gemacht - mit weitreichenden Folgen: Denn Rot-Grün will trotz des weiter anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs das Defizit 2011 sogar noch auf 7,1 Milliarden Euro vergrößern.

Immer, wenn es unbequem wird, flüchtet sich Rot-Grün in neue Schulden und ruiniert die Staatsfinanzen. Eine Regierung, die eine neuerliche Schuldenorgie bei der Aufstellung des Haushalts 2011 wiederum ohne Rücksicht auf die Verfassung durchziehen wollte, würde vollends unzumutbar werden.

Die verfassungswidrige Kraft-Meierei geht zu Ende, denn einen neuerlichen Haushalt, der verfassungswidrig ist, werden CDU und FDP auf der Basis dieses Urteils verhindern.

„Mitgestalten - verändern - verbessern“

Gerda Hasselfeldt als CSU-Landesgruppenchefin vor neuen Herausforderungen – Christliches Menschenbild als feste Richtschnur



Gerda Hasselfeldt
Stellv. Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der
CSU-Landesgruppe

Gerda Hasselfeldt ist neue Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Kraft Amt ist sie damit gleichzeitig Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Ihr Amt als Bundestagsvizepräsidentin, das sie seit 2005 innehatte, hat die 60-Jährige aus dem oberbayerischen Wahlkreis Fürstentfeldbruck-Dachau nun niedergelegt.

Was ging Ihnen durch den Kopf, als Ihnen das Amt der Landesgruppenvorsitzenden angetragen wurde?

Hasselfeldt: Es ist kein Geheimnis – ich hätte meine Arbeit als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags gerne fortgesetzt. Es ist ein schönes Amt. Gleichzeitig war mir klar: Vorsitzende der CSU-Landesgruppe – das ist eine neue Herausforderung mit großem politischen Einfluss und eine besondere Verantwortung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe. Dieses Amt braucht vor allem Integrationskraft und Durchsetzungsstärke. Ich freue mich darauf.

Welches Argument hat Sie überzeugt, für den Landesgruppenvorsitz zu kandidieren?

Hasselfeldt: Vorsitzende der CSU-Landesgruppe zu sein, ist eines der

spannendsten politischen Ämter in Deutschland. Der eigenständige Gestaltungsspielraum und gleichzeitig der Einfluss in der starken Gemeinschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind eine Kombination, die es kein zweites Mal gibt. Die CSU-Landesgruppe ist eine sehr gute Mannschaft mit vielen unterschiedlichen Talenten. Diese sinnvoll einzusetzen und zum Erfolg zu führen, ist eine äußerst reizvolle Aufgabe.

Welche Schwerpunkte haben Sie sich in Ihrem Amt gewählt?

Hasselfeldt: Mein Anspruch war immer, klar an der Sache orientiert anstehende Probleme sinnvoll zu lösen. Natürlich werden die tagesaktuellen Themen der Bundespolitik die Agenda prägen wie zurzeit die Energiepolitik oder die Finanz- und Währungspolitik mit den europäischen und internationalen Verflechtungen. Bei all diesen Fragen ist meine Richtschnur ein festes Wertegerüst, das auf dem christlichen Menschenbild aufbaut.

„Politik ist Dienst am Menschen“



Gerda Hasselfeldt nach der Wahl

Sie stammen aus einer Politikerfamilie. Was macht für Sie den Reiz an der politischen Arbeit aus?

Hasselfeldt: Mitgestalten, verändern, verbessern wollen – um das zu tun, darum bin ich in die Politik gegangen. Als 19-Jährige bin ich der CSU beigetreten, und habe mich daneben in der Jungen Union, der Kommunalpolitik und in der Frauen-Union engagiert.

Spätestens dann, wenn die eigene Handschrift bei politischen Entscheidungen sichtbar wird, steigt die Motivation für die politische Arbeit. Und das macht auch ihren Reiz aus. Dabei sind nicht Amt und Posten wichtig, sondern der Dienst am Menschen.

Welches sind die größten Herausforderungen, vor denen die Bundespolitik derzeit steht?

Hasselfeldt: Deutschland ist ein weltoffenes Land, dessen Wirtschaft und Arbeitsplätze intensiv in die weltweite Arbeitsteilung eingebunden sind. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Haushalte der Eurostaaten, der Umbruch in Arabien, die schreckliche Naturkatastrophe in Japan und ihre Folgen – das alles fordert unsere ganze Aufmerksamkeit, Kraft und Entschiedenheit.

„Ausstieg mit Augenmaß“

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Katastrophe in Japan und den Folgen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Japan nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zugesichert. „Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte die Bundeskanzlerin in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag. „Was immer wir tun können, tun wir“, betonte Merkel.

Die Folgen dieser Katastrophe seien noch überhaupt nicht absehbar. Der Alptraum habe noch kein Ende gefunden, sagte die Kanzlerin. Merkel bat die Deutschen, ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Damit unterstützte sie den Hilfsaufruf namhafter deutscher Hilfsorganisationen und des Bundespräsidenten.

Im Zweifel für die Sicherheit

Die Ereignisse in Japan seien ein Einschnitt für Europa und für Deutschland. „Wir können und dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen“, sagte Merkel mit Blick auf den schweren Störfall im Kernkraftwerk Fukushima. Die Risiken der Kernkraft müssten neu bewertet werden. Die Reaktor-Katastrophe in Japan zeige, dass das scheinbar Unmögliche doch möglich werden könne. „Das verändert die Lage“, sagte die Kanzlerin.

Deshalb habe die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland vorübergehend abgeschaltet. „Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“ Alle Kernkraftwerke würden während des dreimonatigen Atom-Moratoriums überprüft, und anschließend werde entschieden, wie man weiter vorgehe, stellte Merkel klar.

Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz in Artikel 19, Absatz 3, Satz 2 Nr. 3 eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Danach können Kernkraftwerke auch

vom Netz genommen werden, wenn ein Risikoverdacht besteht, und nicht erst, wenn ein akuter Störfall bereits eingetreten ist.

Stresstest für Kernkraftwerke

Bundeskanzlerin Angela Merkel will in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. „Ich unterstütze die Initiative für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke“, sagte die Kanzlerin und stellte sich damit hinter die Initiative des deutschen EU-Kommissars Günther Oettinger. „Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards.“

Merkel bekräftigte, dass die Regierung so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wolle. Sie wandte sich dagegen, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. „Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin. An die Adresse von SPD und Grünen gewandt mahnte sie: Wer erneuerbare Energien wolle, dürfe jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern.

Unter Rot-Grün: Stillstand bei der Sicherheit

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erinnerte daran, dass die Regierungskoalition bereits vor der japanischen Katastrophe mit dem neuen Energiekonzept den Einstieg in die erneuerbaren Energien eingeleitet und die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erhöht habe. Kauder wies darauf hin, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf dem Gebiet der Nachrüstung alter Atommeiler Stillstand geherrscht habe. Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheitsmaßnahmen nach dem neuesten Stand der Forschung erkaufte, kritisierte der Fraktionsvorsitzende.

In der jetzigen dreimonatigen „Denkpause“ werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt - am Beginn des Moratoriums - noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Sonst bleibe man in der Ideologie gefangen.

Bei allen Sicherheitsanforderungen wisse man aber, dass es bei dieser Technologie ein Restrisiko gebe. Es werde die Frage zu klären sein, welches Risiko die Menschen wie lange bereit seien zu tragen.

Volker Kauder hatte bereits unmittelbar nach der Naturkatastrophe an den Botschafter Japans in Deutschland ein Kondolenzschreiben übermittelt. Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

„Exzellenz,
mit außerordentlicher Bestürzung habe ich von den Opfern erfahren, die das Erdbeben und die Tsunami-Katastrophe in Ihrem Land gefordert haben.
Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch ganz persönlich, möchte ich Ihnen und dem japanischen Volk meine tief empfundene Anteilnahme aussprechen. Bitte übermitteln Sie unser Beileid den Angehörigen der Opfer, denen in diesen Tagen unser Mitgefühl gilt. Unsere Gedanken sind auch bei den Hilfskräften und bei denjenigen, die durch die Naturkatastrophen ihr Hab und Gut verloren haben.
Mit freundlichen Grüßen
Ihr Volker Kauder“

Koalitionsfraktionen begrüßen Moratorium und Abschaltung der alten Kernkraftwerke

Der Bundestag hat am Donnerstag einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zu den Naturkatastrophen und dem atomaren Störfall in Japan verabschiedet. Im Folgenden der Wortlaut in Auszügen:

„Die Menschen in Japan sind Opfer einer bislang nicht dagewesenen Naturkatastrophe geworden. (...) Wir trauern um die Opfer und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen (...) Als Partner und Freund Japans ist nun Deutschland in der solidarischen Pflicht, umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der akuten Krisenfolgen und beim längerfristigen Wiederaufbau zu leisten. (...)“

Der nukleare Notstand in den japanischen Kernkraftwerken in der Folge der Naturkatastrophen erfordert ein Innehalten und Nachdenken über das Geschehene. Beantwortet werden muss nun auch die Frage, welche sicherheitsbezogenen Konsequenzen aus den Ereignissen in Japan für die Anlagen in Deutschland zu ziehen sind. Die Bundesregierung hat im vergangenen Herbst ein umfassendes Energiekonzept für eine sichere, zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung beschlossen. (...)“

Das Energiekonzept beschreibt dabei erstmalig konkret den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien. (...) Die Kernkraft war und ist im Energiekonzept nur eine zeitlich befristete Brückentechnologie bis zu ihrem endgültigen Auslaufen. (...)“

Der Deutsche Bundestag begrüßt den Beschluss der Bundesregierung, die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke für drei Monate auszusetzen. Zudem nehmen wir zustimmend zur Kenntnis, dass die sieben deutschen Kernkraftwerke, die vor 1980 in Betrieb gegangen sind (Biblis A und B, Neckarwestheim I, Brunsbüttel,

Isar I, Unterweser, Philippsburg), sowie das KKW Krümmel für die Zeit des Moratoriums im Stillstand überprüft werden. Die so gewonnene Zeit wird genutzt, um die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke nochmals eingehend und umfassend zu prüfen.

Die Sicherheit hat weiter höchste Priorität. (...)“

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Menschen in Japan weiterhin jede erdenkliche Hilfe, insbesondere auch bei den Aufräumarbeiten und Wiederaufbauarbeiten zukommen zu lassen;

2. zusammen mit den zuständigen internationalen Stellen zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorzunehmen;

3. eine umfassende Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke durchzuführen. Dazu soll eine unabhängige

Expertenkommission beauftragt werden (...);

4. auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeit dieser Expertenkommission gegebenenfalls zügig notwendige Änderungen der Sicherheitsbestimmungen vorzunehmen und von den Betreibern eine rasche Umsetzung dieser Sicherheitsbestimmungen einzufordern und wirksam durchzusetzen;

5. eine Arbeitsgruppe einzusetzen für die Beschleunigung der Steigerung der Energieeffizienz, der Nutzung Erneuerbarer Energien, besonders auch mit Blick auf den notwendigen Netzausbau sowie die Entwicklung und den Ausbau von Speicherkapazitäten;

6. unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke auf hochrangiger Ebene bei Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU aufzunehmen. (...)“



Japan Erdbeben © fmfoto

Sanktionen gegen Gaddafi

Regierungserklärung von Außenminister Westerwelle zu Libyen und dem Umbruch in der arabischen Welt

Die libysche Führung muss nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abtreten und für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden. Dies forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff in der Bundestagsdebatte zur Lage in Nordafrika am Mittwoch. Der libysche Machthaber Muammar Gaddafi führe Krieg gegen das libysche Volk, betonte Schockenhoff.

In der vorausgegangenen Regierungserklärung verlangte auch Außenminister Guido Westerwelle, dass man Gaddafi für seinen Feldzug gegen das eigene Volk zur Rechenschaft ziehen müsse. Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankte Schockenhoff der Bundesregierung für ihr Engagement und ihre klare Haltung zugunsten von Sanktionen gegen Gaddafi. Der selbsternannte Revolutionsführer sei nun international isoliert; er und seine Söhne gehörten vor den Internationalen Strafgerichtshof. „Alle verantwortbaren Maßnahmen“ sollten geprüft werden. Ausdrücklich schloss Schockenhoff auch Waffenlieferungen an die Freiheitskämpfer nicht aus.

Die Arabische Liga hatte in ihrer jüngsten Erklärung die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen gefordert, gleichzeitig aber die Wahrung der territorialen Integrität des Landes angemahnt. Westerwelle warnte, das Durchsetzen einer Flugverbotszone sei eine militärische Intervention. „Niemand soll sich der Illusion hingeben, es gehe lediglich um das Aufstellen eines Verkehrsschildes.“ Schockenhoff stimmte Westerwelle in der Einschätzung zu, dass für die wirksame Durchsetzung einer Flugverbotszone auch Soldaten am Boden eingesetzt werden müssten. Das käme einer militärischen Intervention gleich. Solche Aktionen sollten aber besser von Ländern der Region angegangen werden. NATO und EU könnten deren Vorgehen dann unterstützen.

Modell der Transformationspartnerschaft gelobt

Westerwelle sagte grundsätzlich zu den Entwicklungen in Nordafrika: „Die arabischen Völker bestimmen selbst ihren Fahrplan zur Demokratie - wir stehen ihnen dabei mit Rat und Tat zur Seite und unterstützen ihr Streben nach Freiheit gerade mit der Erfahrung unserer eigenen friedlichen Revolution.“

Schockenhoff lobte das Modell der Transformationspartnerschaft mit Tunesien und Ägypten, mit der den beiden nordafrikanischen Ländern Hilfe bei der Entwicklung ihrer Demokratie angeboten wird. Auf diese Weise werde mit beiden auf Augenhöhe gesprochen. In den Demokratisierungsprozess, der aus der Mitte der Gesellschaft angestoßen wurde, müssten alle Kräfte einbezogen werden, auch moderate islamische Gruppen. Schockenhoff legte allerdings großen Wert darauf, dass christliche Minderheiten - wie die Kopten in Ägypten - geschützt werden müssten.

Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Die Neuausrichtung der europäischen Nachbarschaftspolitik, die sich nun mehr an den Menschenrechten orientiere, sei sehr begrüßenswert und notwendig, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Neben den politischen Fortschritten müssten aber auch wirtschaftliche und soziale Errungenschaften kurzfristig spürbar werden; die arabischen Völker bräuchten „bessere Zukunfts- und Lebenschancen“. Neben einer verstärkten Bildungszusammenarbeit sei es notwendig, die europäischen Märkte für Produkte aus diesen Ländern stärker zu öffnen. Außenminister Westerwelle kündigte an, kurzfristig 100 Millionen Euro für Stipendien und Austauschnetzwerke bereitzustellen.

Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, gab sich selbstkritisch: Teilweise habe in der Vergangenheit die Realpolitik zu stark das Verhältnis Europas zu den arabischen Staaten geprägt. Die wirtschaftlichen Beziehungen seien zwar immer sehr gut gewesen, doch hätten wohl nicht alle Aktivitäten deutscher Unternehmen dazu beigetragen, auch normalen Bürgern dieser Länder zu mehr Wohlstand zu verhelfen. Er forderte die deutschen Firmen auf, in Zukunft auch jungen Menschen mehr Perspektiven zu geben, indem man in deren Bildung investiere.

Bahrain

Besorgt hat sich Außenminister Guido Westerwelle in seiner Regierungserklärung auch über die alarmierenden Nachrichten aus Bahrain gezeigt. Die Eskalation der Gewalt dort müsse ein Ende haben, forderte er und mahnte einen ernsthaften Dialog zwischen Regierung und Opposition an.

Mehrere Menschen waren bei den Protesten im Verlauf der Woche ums Leben gekommen. Die Bundesregierung forderte Deutsche auf, den Golfstaat zu verlassen.

Wegen der seit Mitte Februar andauernden Proteste in Bahrain hatte der König des Inselstaates in dieser Woche für drei Monate den Ausnahmezustand verhängt. Vor allem der schiitische Bevölkerungsteil protestiert gegen die autoritäre Herrschaft des Regimes in Manama und gegen Diskriminierungen. Die Regierung wirft ihrerseits dem schiitischen Iran vor, die Proteste zu schüren. Truppen aus dem sunnitisch geprägten Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten waren am Montag mit gepanzerten Kräften in Bahrain eingedrückt, um den verbündeten Monarchen zu verteidigen. Sie stellen eine Art schnelle Eingreiftruppe des Golf-Kooperationsrates dar. Saudi-Arabien befürchtet ein Übergreifen der Proteste auf die eigene schiitische Minderheit.

Euro-Zone wird stabiler

Pakt für den Euro beim informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs beschlossen

Auf Betreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die Staats- und Regierungschefs der europäischen Währungsunion einen „Pakt für den Euro“ beschlossen, der die 17 Euro-Staaten zu einer engeren Abstimmung ihrer Wirtschaftspolitik verpflichtet. Der Pakt, den sie bei ihrem informellen Gipfel in der vergangenen Woche in Brüssel beschlossen haben, soll die Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedstaaten entscheidend stärken.

Als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit werden die Lohnstückkosten künftig überwacht und verglichen - auch mit wichtigen Drittstaaten. Die nationalen Rentensysteme werden an die jeweilige demografische Entwicklung angepasst. Lohnsteuerensenkungen werden bei Bewahrung des Gesamtsteueraufkommens angestrebt. Darüber hinaus sollen besondere Anstrengungen auf den Gebieten Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur unternommen werden.

Der Pakt für den Euro konzentriert sich damit auf wenige, aber essentielle Politikfelder. Dass jeder Staats- und Regierungschef für die Umsetzung



European Central Bank with Euro Sign, Frankfurt © goodstock

im Kollegenkreis geradestehen muss, verleiht dem Pakt einen kräftigen Schub.

Mit verbesserter Wettbewerbsfähigkeit werden auch die strapazierten Nationalbudgets entlastet. Die ebenfalls beschlossene Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes forciert die europaweit dringend erforderliche Haushaltskonsolidierung zusätzlich. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es gelungen, für ein deutlich strikteres Regime sowie die seriöse Anwendung des Schuldenstandkriteriums zu sorgen.

Stabilitätsmechanismus nur für den Notfall

Zum Gesamtpaket zur Stabilisierung der Euro-Zone gehört auch die Einrichtung eines Stabilitätsmechanismus. Die beschlossenen Grundlinien sind umfassend und in sich stimmig. Sie sorgen für Transparenz und Sicherheit. Das Ausmaß an europäischer Solidarität, das die Mitgliedstaaten einbringen sollen, ist vertretbar.

Erst für den Notfall, dass die besser aufeinander abgestimmten Haushalts- und Wirtschaftspolitiken nicht fruchten, steht der zukünftige Europäische Stabilitätsmechanismus

bereit. Über einen Kapitalstock aus Bareinlagen, Kapitalbereithaltung und Garantiezusagen soll er in die Lage versetzt werden, zu bester Bonität Geld aufzunehmen, das er - unter strikten Bedingungen - an Notleidende Mitgliedstaaten verleihen kann. Diese Hilfe bleibt Mitgliedstaaten vorbehalten, die am Kapitalmarkt vorübergehend kein Geld mehr erhalten, obwohl sie nachweislich an ihrer Rückzahlungsfähigkeit arbeiten.

Europäische Finanz-Stabilisierungs-Fazilität (EFSF)

- Der im vergangenen Jahr ins Leben gerufene europäische Rettungsschirm EFSF stellt bis zum Inkrafttreten des Nachfolgemechanismus ESM 2013 eine Darlehenskapazität von 440 Milliarden Euro in vollem Umfang bereit.
- Beim Übergang vom EFSF zum ESM wird eine konsolidierte Darlehenskapazität von 500 Milliarden Euro nicht überschritten.
- Kreditzinsen müssen über dem Refinanzierungszins plus einem angemessenen Risikoaufschlag liegen.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

- Die effektive Gesamtdarlehenskapazität ist bei 500 Milliarden Euro gedeckelt.
- In Ausnahmefällen ist statt Darlehen der Kauf von Staatsanleihen am sogenannten Primärmarkt möglich.
- Die Darlehenskapazität wird durch einen Mix aus eingezahltem Kapital, abrufbarem Kapital und Bürgschaften sichergestellt.
- Hilfsvoraussetzungen sind: Gefährdung der Euro-Zone, Schuldentragfähigkeitsnachweis, makroökonomisches Anpassungsprogramm, Einstimmigkeit der Gläubiger.

Fördern und Fordern: Koalition verbessert Bedingungen für erfolgreiche Integration

Bundestag beschließt Veränderungen im Ausländerrecht

Die Regierungskoalition hat das Aufenthaltsrecht für Ausländer und das Asylrecht in mehreren Punkten geändert. Der Bundestag beschloss am Donnerstag Maßnahmen zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum Schutz der Opfer sowie die Verbesserung der Rechtsstellung von gut integrierten Jugendlichen. Auch wird mehr Nachdruck auf die Beherrschung der deutschen Sprache gelegt.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP sehen in einer erfolgreichen Integration den Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Chancen der Integration sollen mit einem Mix aus Fordern und Fördern verbessert werden.

Zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum Schutz der Opfer wird ein eigener Straftatbestand eingeführt. Damit die Stellung minderjähriger

ausländischer Opfer von Zwangsheirat verbessert wird, die bereits in Deutschland gelebt haben, wird ein eigenständiges erleichtertes Wiederkehrrecht nach Deutschland geschaffen. Die Antragsfrist zur Aufhebung von Zwangsehen wird verlängert.

Scheinehen erschweren

Zur Bekämpfung der sogenannten Scheinehe wird die Mindestbestandszeit einer Ehe von zwei auf drei Jahre verlängert. Erst danach bekommen Zuwanderer ein eigenes Aufenthaltsrecht. So haben die Ausländerbehörden mehr Zeit nachzuweisen, ob eine Scheinehe vorliegt. Eine Härtefallklausel schützt die Opfer häuslicher Gewalt.

Regelungen zur räumlichen Beschränkung von Asylbewerbern und

Geduldeten (Residenzpflicht) werden gelockert, um ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung oder einer Ausbildung, einen Schulbesuch oder ein Studium zu erleichtern.

Integrationsverweigerer werden konsequenter erfasst. Denn die Ausländerbehörden werden verpflichtet, vor Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis festzustellen, ob Zuwanderer ihrer Pflicht nachgekommen sind, einen Integrationskurs zu besuchen. Solange ein Integrationskurs nicht erfolgreich – das heißt mit Sprachniveau B 1 – abgeschlossen ist, wird die Aufenthaltserlaubnis nur befristet erteilt oder verlängert.

Künftig gibt es außerdem einen eigenständigen Aufenthaltstitel für gut integrierte, geduldete Jugendliche und entsprechende Begleitrechte für ihre Familienangehörigen.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung setzt Dialog voraus

Bundestag debattiert Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Bund und Länder haben sich gemeinsam dafür entschieden, die Behindertenpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen: Die Rechte von Menschen mit Behinderung werden durch die Konvention als universelle Menschenrechte festgeschrieben. Die Konvention steht für einen Wechsel vom staatlichen Fürsorgeprinzip hin zum Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Bundesregierung aktiv bei der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans, der Leitlinie für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

sein wird. Dafür haben sie einen Antrag erarbeitet, der am Freitag im Bundestag debattiert wurde. Auch Menschen mit Behinderung und ihre Interessenvertreter arbeiten ebenfalls an dem Aktionsplan mit. „Inklusion“ – also die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft – kann nur gelingen, wenn Menschen mit und ohne Behinderung im Dialog sind und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

8,7 Millionen Menschen mit Behinderung leben derzeit in Deutschland. Über zehn Prozent der Bürger leben mit ein- oder mehrfacher Behinderung. Angesichts des demografischen Wandels wird der Anteil der Menschen mit unterschiedlichen Be-

einträchtigungen weiter steigen. Die Gesellschaft steht vor der Herausforderung, die gesamte Lebenswelt auch den Bedürfnissen dieser Menschen anzupassen, sei es in der Arbeitswelt, in der schulischen sowie beruflichen Bildung, in der Gesundheitsversorgung oder in Sport und Kultur.

Barrierefreiheit ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ziel ist es, ein „Design für alle“ in allen Bereichen anzuwenden, ob im Verkehr, bei Bauvorhaben sowie Kommunikations- und Informationssystemen, bei Produkten des täglichen Gebrauchs oder sämtlichen Angeboten und Dienstleistungen im Bereich Freizeit und Tourismus.

Ostdeutsche Interessen wirkungsvoll in Europa vertreten

Struktur- und Forschungsförderung fortsetzen - Klausurtagung der ostdeutschen Bundestags- und Europaabgeordneten der Union

Die ostdeutschen Anliegen sollen in der europäischen Politik weiterhin wirkungsvoll vertreten werden. Darin waren sich die ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung ihres Sprechers, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Arnold Vaatz, mit den ostdeutschen EVP-Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament auf ihrer gemeinsamen Klausurtagung in Lutherstadt Wittenberg am vergangenen Sonntag und Montag einig. Zusammen mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, den Ministerpräsidenten von Thüringen und Sachsen-Anhalt, Christine Lieberknecht und Wolfgang Böhmer, sowie dem Spitzenkandidaten der CDU für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, diskutierten die Parlamentarier vor allem Themen mit europäischem Bezug.

Die Zukunft der europäischen Strukturförderung in Ostdeutschland nach 2013 war dabei ein wesentlicher Punkt. In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 erhalten die ostdeutschen Länder insgesamt bis zu 15,3 Milliarden Euro aus dem europäischen Haushalt. Mit diesen Mitteln wird vor allem der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur gefördert. Untersuchungen der EU-Kommission belegen, dass diese Gelder in Ostdeutschland effektiv eingesetzt worden sind und einen erheblichen Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung geleistet haben. Ein plötzliches Abbrechen der Unterstüt-

zung würde diese Erfolge gefährden.

Friedrich bekräftigte, dass die Bundesregierung die Forderung nach einer angemessenen Übergangsregelung für Ostdeutschland unterstützen wird. Die ostdeutschen Abgeordneten im Bundestag und im Europaparlament werden sich gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern intensiv dafür einsetzen, dass dieses für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder wichtige Instrument erhalten bleibt.

Lehren aus dem DDR-Staatsbankrott

Zu Wegen für eine Lösung der Verschuldungskrise im Euro-Raum äußerten sich in Wittenberg Klaus Regling, Leiter der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, und der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt. Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit dem Staatsbankrott der DDR werden gerade in Ostdeutschland die Maßnahmen zur Stützung überschuldeter Staaten des Euro-Raums intensiv diskutiert. Als entschiedene Verfechter der europäischen Einigung und des Erhalts einer starken gemeinsamen europäischen Währung diskutierten die Abgeordneten mit beiden Experten über Risiken und Chancen der ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen.

Weiterer wichtiger Punkt der gemeinsamen Beratungen war die Fortsetzung der Forschungsförderung in Ostdeutschland auf nationaler wie



Stellv. Fraktionsvorsitzender Vaatz, Innenminister Friedrich und Landeswirtschaftsminister Haseloff

europäischer Ebene. Zum Erfolgskonzept der strategischen Forschungsförderung in Ostdeutschland trug der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Helge Braun, vor. Auch durch den Einsatz erheblicher Fördermittel ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, in Ostdeutschland eine leistungsfähige Forschungslandschaft zu etablieren. Dies ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für den weiteren Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Eine gezielte Forschungsförderung wird auch in den kommenden Jahren an diese Erfolge anknüpfen.

Die ostdeutschen CDU-Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament verabschiedeten ein gemeinsames Arbeitspapier, in dem die wesentlichen gemeinsamen Forderungen enthalten sind.

Dieses Papier ist unter <http://tinyurl.com/4n4m6qn> abrufbar.



Die Teilnehmer der Klausurtagung im Lutherhaus in Wittenberg

Unionsfraktion ist verlässlicher Partner für Landwirte und Verbraucher

Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz tagte in Treis-Karden an der Mosel



Die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Unionsfraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich die deutschen landwirtschaftlichen Betriebe erfolgreich am Markt behaupten können, und zwar unabhängig von Unternehmensform oder Bewirtschaftungsverfahren. Die Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und müssen fit gemacht werden für neue Herausforderungen wie die Sicherung der Welternährung. Diese Forderung formulierte die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei ihrer Klausurtagung am vergangenen Wochenende in Treis-Karden an der Mosel. Erstmals nahmen Franz-Josef Holzenkamp in seiner Eigenschaft als neuer AG-Vorsitzender und Mechthild Heil als neue Verbraucherschutzbeauftragte an der Klausur teil.

Für die EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2013 fordert die AG eine weitere Entbürokratisierung der „Cross-compliance-Auflagen“. Die Direktzahlungen dürften nicht an weitere Anforderungen geknüpft werden. Die sichere Versorgung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln und die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte sind nach ihrer Auffassung zentraler Auftrag der Agrarpolitik. „Wir wollen das Modell der multifunktionalen Landwirtschaft weiter im EU-Haushalt absichern“, sagte Franz-Josef Holzenkamp.

Landwirtschaft tragende Säule der Beschäftigung

Die AG betont, dass die Fraktion sich der gesellschaftlichen Debatte über die Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen Deutschlands stelle. „Für uns steht fest: Die Landwirtschaft – und dazu gehören auch gewerbliche Tierhaltungsbetriebe – ist eine tragende Säule der Beschäftigung im ländlichen Raum. Wer Entwicklungsmöglichkeiten durch Verbote einschränkt, gefährdet Arbeitsplätze, nicht nur in den Agrarbetrieben, sondern auch im vor- und nachgelagerten Bereich“, erklärte der Arbeitsgruppenvorsitzende Holzenkamp.

Die AG begrüßt daher den von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eingeleiteten Prozess zur Erarbeitung einer Charta für Landwirtschaft und Verbraucher. Man wolle die Debatte über die Grundlagen unserer Tierproduktion führen, jedoch offen und unvoreingenommen. Deshalb lehne die Fraktion es ab, die Landwirtschaft unter Generalverdacht zu stellen. Den Vergleich mit anderen Ländern brauche Deutschland nicht zu scheuen: Die Bundesrepublik hat eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt.

Lebensmittelkennzeichnung verbessern

Die Union nimmt ihre Verantwortung auch in der Ernährungs- und Verbraucherpolitik wahr, wie die AG betonte. Die Sicht des mündigen Verbrauchers sei für sie Leitbild - im Gegensatz zur Opposition, die die Menschen bevormunden wolle. Im Bereich des finanziellen Verbraucherschutzes stehen die Schaffung höherer Anforderungen an Berater und Finanzvermittler im Vordergrund.

Was die Sicherheit unserer Lebensmittel angeht, so will die Fraktion die Kennzeichnung verbessern, Täuschungen verhindern und die Aufklärung vorantreiben. „Nur mit Transparenz und wissenschaftlicher Bewertung können wir eine Qualitätssteigerung bei der Lebensmittelkennzeichnung erreichen“, erklärte Heil.

Mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes beende man die Abzocke mit teuren Warteschleifen. Die Bundesnetzagentur solle rechtlich in die Lage versetzt werden, Abrechnungsverfahren für telekommunikationsgestützte Dienste und eine einheitliche Rechnungsstellung festzulegen („Offline-Billing“).

Die Fraktion sorgt laut AG dafür, dass die Verbraucher zukünftig bei der Nutzung von Servicenummern erst dann bezahlen, wenn sie mit einem Mitarbeiter in Kontakt treten. Für alle telefonischen Mehrwertdienste (Massenverkehrsdienste, Service-Dienste und Premium-Dienste), bei denen eine Preisberechnung pro Minute erfolgt, müsse es eine vorgeschaltete Preisansagepflicht geben.

Im Bereich der unerlaubten Telefonwerbung besteht aus Sicht der AG weiterer Handlungsbedarf. Gefordert wird die Einführung einer schriftlichen Bestätigungslösung bei telefonisch abgeschlossenen Verträgen.

Anzahl der Schüler sinkt

Wiesbaden – 11,5 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchen nach vorläufigen Angaben im Schuljahr 2010/11 allgemeinbildende und berufliche Schulen in Deutschland. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, ist das ein Rückgang von 1,6 Prozent im Vergleich zum Schuljahr 2009/10.

Im Schuljahr 2010/11 werden 8,8 Millionen in allgemeinbildenden Schulen und 2,7 Millionen in beruflichen Schulen unterrichtet. Damit geht die Anzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen um 1,2 Prozent und an beruflichen Schulen um 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Die Entwicklung der Schülerzahlen insgesamt verläuft in West- und Ostdeutschland unterschiedlich: Während an allgemeinbildenden Schulen im früheren Bundesgebiet die Zahl um 1,6 Prozent sinkt, nimmt sie in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin um 1,0 Prozent zu. Bei den beruflichen Schulen liegt die Schülerzahl im früheren Bundesgebiet um 1,5 Prozent, in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin um 9,3 Prozent unter dem Stand des Vorjahres. In Ostdeutschland wirkt sich hier der Geburtenrückgang von Anfang der 1990er Jahre in einem besonderen Maße aus.

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Der ehemalige CSU-Landesgruppenvorsitzende **Hans-Peter Friedrich** wurde am Mittwoch im Bundestag als neuer Bundesinnenminister vereidigt. Der 54-jährige Jurist aus Oberfranken sitzt seit 1998 im Bundestag und war seit 2009 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und Erster Stellvertreter der Vorsitzenden der Unionsfraktion. Zuvor war er unter anderem Mitglied



Zeichnung: Stuttmann

der Föderalismus-Kommission 1 und 2 sowie stellvertretender Vorsitzender des Parteispenden-Untersuchungsausschusses.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden (Obmann) der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wählte die Fraktion **Alois Gerig** mit 98 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der 55-jährige Geschäftsführer aus dem Wahlkreis Odenwald-Tauber folgt auf Franz-Josef Holzenkamp, der im Februar zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gewählt worden war.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe wurde **Michael Brand** mit 93

Prozent der abgegebenen Stimmen durch Wahl benannt. Der 37-jährige Angestellte aus dem Wahlkreis Fulda folgt auf Sibylle Pfeiffer, die im Februar zur Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gewählt worden war.

Der CDU-Teil der Fraktion wählte außerdem den 60-jährigen Rechtsanwalt **Helmut Brandt** aus Aachen mit 99 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Beisitzer im Fraktionsvorstand. Die Neubesetzung eines der 15 Beisitzerposten wurde erforderlich, weil Klaus-Peter Flosbach im Januar zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Finanzen gewählt worden war.

Termine

21. März 2011
13. April 2011

Fachgespräch: Fachkräftewanderung
Fachgespräch: Die Zukunft der Windenergie in Deutschland

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt

„Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

Email-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift